

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Bussenterror bei 113 statt 80 km/h

Klar, dieser Bürger am Steuer war zu schnell. Ausserorts, Strasse schnurgerade, null Verkehr, Sonntag. Da lohnt sich ein Hinterhalt für die Gestapo. CHF 6,620 kostete das Verbrechen im Kanton Zürich, obwohl nach Ort, Zeit und Umständen eine Bagatelle. In D hätte die Busse EUR 75 betragen. Es geht eben bei uns nicht um die Sicherheit, sondern ums Abzocken.

AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch - 044 391 6767

WENN AUS VOLKSVERTRETERN VOLKSGEGNER WERDEN

Die aktuelle Schweizer Politik – ein Trauerspiel

Die aktuelle Schweizerpolitik entspricht einer beinahe unendlichen Serie von Trauerspielen. Ratlosigkeit, unreflektierter übereilter Einzelaktivismus und Dauereinknicken unserer Landesregierung wurde in jüngster Vergangenheit zur Regel. Volksentscheide werden nicht mehr respektiert. Schlimmer noch, man versucht sie rückgängig zu machen. Das Volk wird von der «Classe Politique» und den Journalisten zunehmend als dumm und unmündig gebrandmarkt.

In der aktuellen Schweizer Politik herrscht ein generelles Chaos. Ratlosigkeit, unreflektierter übereilter Einzelaktivismus und Dauereinknicken unserer Landesregierung wurde in jüngster Vergangenheit zur Regel. Beste Beispiele: Bundesrätin Calmy-Rey im Koranschleier bei Ahmadinejad, Ausverkauf des Bankgeheimnisses, nutzlose Bittgänge zu Gaddafi, übereilige Polanski-Verhaftung, wirtschaftliche und migrationspolitische Fehleinschätzungen von Bundesrätin Leuthard, sinnlose Pflasterlipolitik im Gesundheitswesen. Für solche Fehlverhalten gibt es nur zwei Erklärungen: Entweder wird das Volk konstant belogen, oder es herrscht eine grassierende Unfähigkeit in den Einschätzungen von Realentwicklungen durch die betreffenden Politiker. In beiden Fällen liegt eigenständiges Versagen vor, das prinzipiell Konsequenzen nach sich ziehen sollte. Ich höre Bundesrat Merz heute noch, wie er vollmundig erklärte, die volle Verantwortung in der Gaddafi-Affäre übernehmen zu wollen. Passiert ist nichts.

Vertreten, nicht verkaufen

Das Schweizer Volk will Politiker, die es gegenüber dem Ausland mit gesundem Selbstbewusstsein vertritt und nicht verkauft. Wie heisst es so schön? Der Teppichvertreter verkauft Teppiche und der Volksvertreter verkauft das Volk – und zwar für blöd. Von solchen Politikern hat das Volk genug.

Dabei kann die Schweiz im Gegensatz zu den Auslandskritikern aus historischer Sicht doch mit viel weisserer Weste auftreten. Sie hat weder fremde Völker unterworfen noch Genozidversuche unternommen und ist auch nie als Aggressor aufgetreten. Betreffend Menschenrechte sollten sich einige



DR. MED. KARL ZWEIFEL
STADTRATSKANDIDAT SVP
ZÜRICH

Länder, die in der UNO vertreten sind – ich erinnere an China, Russland oder Saudi Arabien – die real die angeblich «unveräußerlichen Menschenrechte» seit Jahrhunderten mit Füßen treten, sich primär an der eigenen Nase nehmen, bevor sie andere Länder kritisieren.

Von wegen Volksvertreter

Die Minarettverbots-Initiative hat gezeigt, dass die «Classe Politique» am Volk vorbeipolitisiert. Es ist nicht das Volk, das Angst vor dem Islam hat, sondern unsere Volksvertreter. Wenn das Volk nicht die Meinung der Classe Politique teilt, dann wird mit allen Mitteln, zum Beispiel zwingendem Völkerrecht, versucht, den Volksentscheid wieder auszuhebeln. Gejammer und Angstmacherei dienen als zusätzliche Argumentationsmittel. Solche Politiker sind keine Volksvertreter, sondern Volksgegner. In der Sichtweise der Classe Politique gilt das Volk als

dumm, wenn es gegen den Vorschlag der Regierung handelt, klug wenn es ihm zustimmt. Es wird höchste Zeit, dass nun auch der überwiegend volksfeindliche Bundesrat direkt durch das Volk gewählt wird.

Falsches Demokratieverständnis

Infolge einer überwiegend links dominierten Kultur zieht natürlich auch das Gros der Intellektuellen und der Medien am gleichen Strick. Für diese beiden Gruppen kann man ja noch Verständnis aufbringen, sind sie ja nicht verpflichtet, dem Volk zu dienen. Kein Verständnis gibt es diesbezüglich für Politiker. Bei vielen herrscht hier ein falsches Demokratieverständnis, für das eigentlich keine überdurchschnittliche Intelligenz benötigt wird. Ein Volksentscheid stellt für Roger de Weck, wie kürzlich aus der Sonntagszeitung entnommen, «Volkswillkür» und Volksabsolutismus dar. Der Mann kann einem tatsächlich auf den Wecker gehen. Ich frage mich bei de Weck schon lange, was ihn eigentlich in der Schweiz noch festhält. Länder nach seinem Gusto gibt es doch genug und Freizügigkeit dorthin gibt es darüber hinaus auch noch gratis.

Dabei ist alles ganz einfach. Die Aufgabe der Politik ist es den durch Abstimmung kundgegebenen «Volkswillen» zu akzeptieren und den Entscheid via Exekutive – sprich durch den Bundesrat – umzusetzen. Das Volk ist der Souverän und nicht die Regierung. Die Regierung hat dem Willen des Volkes zu dienen, dafür wurde sie gewählt. Widersetzt sich ein Politiker einem Volksentscheid, so muss er die Konsequenzen ziehen, entweder indem er nicht mehr gewählt wird oder freiwillig den Hut nimmt.

Fortsetzung Seite 2



Heute noch anmelden!

Einladung zur Programmtagung

Einstehen für die Schweiz

Samstag, 12. Dezember 2009
Landgasthof Wallberg, Eichholzstrasse 1, 8604 Volketswil
9.00 bis 12.30 Uhr (Türöffnung: 8.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli)

Programm: Begrüssung
Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident

Einführung ins Thema
Gregor A. Rutz, Vizepräsident

Einstehen für die Schweiz – Nötiger denn je
Nationalrat Christoph Mörgeli

Gruppenarbeiten:

- A: **Schweizer Rechts- und Werteordnung – Wohin?**
-> Kriminalität, Migration, Religion, Menschenrechtskonvention
Kantonsrätin Barbara Steinemann
- B: **Schweizer Aussenpolitik – Mut statt Feigheit**
-> EU, UNO, Steuerstreit, Bankkundengeheimnis, Agrar-Freihandelsabkommen
Nationalrat Alfred Heer
- C: **Wirtschaftsstandort Schweiz – Selbstbewusst in die Zukunft**
-> Personenfreizügigkeit, Wirtschaftspolitik, Druck auf Sozialwerke
Nationalrat Christoph Mörgeli

Im Anschluss: Präsentation der Ergebnisse aus den Gruppenarbeiten/
Diskussionsrunde

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Programmtagung vom 12. Dezember 2009

- Ich melde mich für die Programmtagung an.
- Wir melden uns für die Programmtagung an: _____ Anzahl Personen.

Ich / wir bevorzuge(n) folgende Arbeitsgruppe: A: _____ B: _____ C: _____
Bitte erste (1) und zweite (2) Priorität angeben.

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat,
Nüscherstrasse 35, 8001 Zürich
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

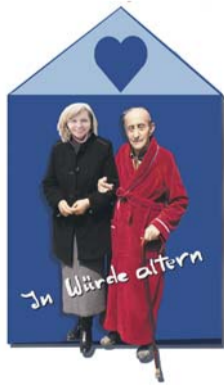


Hotel-Restaurant Sonne

Familie Zorica Fak
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg
Telefon 055 414 12 30
info@sonne-oberiberg.ch

Sonnenstübli für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

Neu in Ihrer Region:
24-Stunden-Betreuung
in den eigenen 4 Wänden



I-W-A In Würde altern
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33
Fax 0041 (0) 844 55 44 00
E-Mail: info@I-W-A.ch
WWW.I-W-A.CH

Schreinerei Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort



wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch



Sparen Sie bei den Hypotheken!
Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung für Private und Firmen

Neugrütstrasse 4b
CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch



Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Andrea Masügers Weisheit



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Zu den verlässlichsten Erzfeinden von Christoph Blocher gehört Andrea Masüger, publizistischer Direktor der «Südostschweiz». Der Grund seines Geifers liegt allerdings im Dunkeln. Bekanntlich kann man dem früheren Ems-Patron kaum vorwerfen, er habe in Masügers Region eine wirtschaftliche und kulturelle Wüste hinterlassen. Trotzdem kraxelt der Bündner seit Jahrzehnten unermüdlich auf Blochers Schulter, um ihm Gift und Galle ins Gesicht zu speien. Dumm nur: Blocher bleibt der Riese, Masüger bleibt der Zwerg.

Als Blocher nach dreissigjähriger Tätigkeit für unsere Demokratie als Bundesrat kandidierte, beschimpfte ihn Masüger als «wahren Antidemokraten». Nach erfolgter Wahl ereiferte er sich: «Die Impertinenz dieses missionarischen Eifers wird unerträglich.» Masüger schrieb von Blochers «selbstgerechtem Gefasel» und bezeichnete seine Medienauftritte als «höheren Blödsinn». Er erträumte sich gar ausländische Zustände: «In einem Land mit einem anderen Regierungssystem müsste ein solcher Justizminister den Hut nehmen, oder der Premier würde ihn feuern.» Die Abwahl des «Idols von gestern» war für ihn ein «notwendiger Schritt». Mein liebstes Masüger-Zitat bei Aufdeckung des Komplotts von Meier-Schatz und Bundesanwaltschaft gegen Blocher lautet: Mörgeli habe sich aufgeführt «wie ein durchgeknallter Rechtsanwalt in einer billigen Krimiserie».

Und jetzt das! Im Kommentar zum Nachspiel der Minarett-Abstimmung titelte Masüger: «Christoph Blochers Weisheit». Blocher habe sich einst als Bundesrat geweigert, ein Abstimmungsergebnis zu kommentieren. «Das müsste man institutionalisieren: ein vierwöchiges Redeverbot und Denkgebot für alle Politiker nach jedem Abstimmungssonntag.»

Doch was hat Masüger seinerzeit geschrieben, als Blocher 2004 den Volksentscheid über die Verwahrungsiniziativa tatsächlich nicht kritisieren mochte? Er schäumte über die «Unkollegialität des Justizministers» und nannte Blocher ein «trojanisches Pferd». Das «Problem Blocher» könne man nur bei den nächsten Bundesratswahlen lösen. «Wenn die sechs andern Mumm haben, verpassen sie Blocher endlich mal eine Abreibung und/oder sie entziehen ihm künftig Geschäfte, bei denen er ausschlagen will.» Angesichts eines Journalismus, wie ihn Andrea Masüger betreibt, verdiente die Strassenprostitution geradezu einen Sittlichkeitspreis.

SESSIONSBERICHT 3. WOCHE

Arbeitslosenversicherungsgesetz, Alpenkonvention, Raumplanungsgesetz und Differenzvereinbarungen

Im Zentrum der Beratungen in der dritten Woche stand im Nationalrat die Revision der Arbeitslosenversicherung, welche dringend einer Sanierung bedarf. Umstritten waren ebenfalls die Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention und die flankierenden Massnahmen zur Lex Koller. Sodann fand eine ganze Reihe von Differenzvereinbarungen mit dem Ständerat statt.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz aus dem Jahre 1982 wurde in Folge des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit Anfang der 90er-Jahre revidiert. Mit der Schaffung der regionalen Arbeitsvermittlungszentren wurden die Vermittlung von arbeitslosen Personen professionalisiert, die Versicherung stark auf die Wiedereingliederung ausgerichtet und der gesetzliche Rahmen für ein breites Instrumentarium an Integrationsmassnahmen gesetzt. Mit der Revision 2002 wurde ein Finanzierungskonzept eingeführt, das einen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der Versicherung über einen Konjunkturzyklus anstrebte. Dabei wurde eine konjunkturabhängige Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 100 000 Personen angenommen. Diese Zahl hat sich nun als zu tief erwiesen. Ebenfalls hat sich die damalige Senkung der ordentlichen Beiträge von 3 auf 2 Prozent als zu grosszügig erwiesen. Trotz der damaligen guten Konjunkturlage und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit hat die ALV mit der Rückzahlung der Fehlbeiträge nicht beginnen können. Der Schuldenberg wird bereits nächstes Jahr die 10-Milliarden-Grenze überschreiten. Die jetzige Revision strebt daher eine möglichst schnelle finanzielle Sicherung der ALV an.

Beitragserhöhungen und Sparmassnahmen

Bei der Umsetzung soll im Wesentlichen die Finanzierung auf eine höhere durchschnittliche Arbeitslosenzahl ausgerichtet werden. Sodann soll für den Ausgleich der laufenden Rechnung der Beitragssatz um 0,2 Prozentpunkte erhöht werden, gleichzeitig sind aber auch Sparmassnahmen durch Leistungskürzungen vorgesehen. Die Kostensenkung soll vor allem durch das Beseitigen von Fehlanreizen und durch eine Steigerung der Effizienz der Wiedereingliederungsmassnahmen erreicht werden. So müssen beispielsweise Junge flexibler sein und auch Arbeiten annehmen, die nicht unbedingt ihrer Qualifikation entsprechen.

Für die Entschuldung werden zeitlich befristet eine zusätzliche Beitragserhöhung von 0,1 Prozent und ein Solidaritätsbeitrag von 1 Prozent auf dem bisher nicht versicherten Einkommensanteil zwischen dem Höchstbetrag und dem Zweieinhalbfachen des versicherten Verdienstes vorgeschlagen.

Erfolgreicher bürgerlicher Schulterschluss

Bei der Eintretensdebatte vertrat Kollege Peter Spuhler die SVP-Fraktion. Eintreten war für die SVP unbestritten. Im Wesentlichen kann man nur bei der Höhe des Beitragssatzes, der Bezugsdauer und der Höhe des Taggeldes Änderungen vornehmen. Gemäss Peter Spuhler will die SVP keine einseitige, sondern eine ausgewogene Sanierung.

Unsere Arbeitslosenversicherung gehört heute international zu den Besten, eine unverhältnismässige Verteuerung der Lohnnebenkosten würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft noch mehr benachteiligen. Der Nationalrat hat nach einer längeren Debatte mit 126:60 Stimmen gegen den Willen der Ratslinken Eintreten beschlossen. Ein bürgerlicher Schulterschluss von SVP, FDP und Teilen der CVP setzte sich für einmal durch. In der Detailberatung wurden jedoch noch viele Minderheitsanträge angemeldet.

Dauerbrenner Lex Koller und Zweitwohnungsbau

Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Lex Koller hat der Bundesrat gleichzeitig flankierende Massnahmen im Raumplanungsgesetz vorgeschlagen, um den Bau von Zweitwohnungen in Tourismusgebieten in geordnetere Bahnen zu lenken. Die grosse Nachfrage nach Ferienwohnungen hat in diesen Ortschaften zu einer vermehrten Bautätigkeit geführt. Dabei werden viele Wohnungen erstellt, welche nur sporadisch genutzt werden. Diese schlecht genutzten Gebäude belasten jedoch die Infrastruktur einer Gemeinde ohne eine entsprechende Wertschöpfung. Zudem verbrauchen sie wertvolles Bauland. Und monatelang grösstenteils unbewohnte Häuser und Quartiere tragen auch nicht zu einem attraktiven Orts- und Landschaftsbild bei. Hier gilt es eine gesunde Balance zwischen Erst- und Zweit-

wohnungen zu finden. Mit einer Ergänzung im Raumplanungsgesetz soll den Kantonen nun die Kompetenz eingeräumt werden, diejenigen Gebiete zu bezeichnen, in denen besondere Massnahmen notwendig sind. Mit der Kompetenzübertragung an die Kantone wird sichergestellt, dass den spezifischen kantonalen und regionalen Interessen gebührend Rechnung getragen wird.

Umstrittene Alpenkonvention

Der Rat beschäftigte sich sodann mit den Durchführungsprotokollen zur Alpenkonvention. Dies ist ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag zwischen acht Alpenländern sowie der EU. Mit diesem Vertrag sollen die Erhaltung und der Schutz der Alpen durch eine sektorübergreifende, ganzheitliche und nachhaltige Politik vertraglich geregelt werden. Die Vorlage löste im Parlament keine Begeisterung aus. Der Ständerat ist als Erstrat 2004 nur knapp eingetreten und hat lediglich drei von acht Protokollen unter Vorbehalt genehmigt.

Die SVP votierte für Nichteintreten auf die Vorlage. Die Durchführungsprotokolle sind selbständige völkerrechtliche Verträge, welche zum Beispiel in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr und Raumplanung direkt in unsere gesetzlichen Regelungen eingreifen. Im Streitfall müssten wir uns einem internationalen Schiedsgericht unterstellen. Sodann sind diese Protokolle einseitig auf den Umweltschutz ausgerichtet und ignorieren, dass der Alpenraum für die betroffene Bevölkerung auch ein Lebens- und Wirtschaftsraum darstellt.

Wie immer in der dritten Sessionswoche beschäftigte sich der Nationalrat auch diesmal mit einer ganzen Reihe von Differenzvereinbarungen mit dem Ständerat.

SKANDALÖSE VORGÄNGE

«Schadenfall» Demokratie?

Bundesräte, Rechtsprofessoren, Linke und Nette, Theologen, Gutmenschen und kopflose Internationalisten möchten den «Schaden», welcher die Minarett-Initiative offenbar angerichtet haben soll, begrenzen. Skandalös, hat doch das Volk unmissverständlich entschieden.

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Früher Sonntagnachmittag, 29. November 2009. Die Gesichter von Politologen, Kommentatoren, Moderatoren und Politikern zur Minarettverbots-Abstimmung werden immer länger, je mehr sich das Ja zeichnet. Anfänglich klammern sie sich noch an den Rettungsanker «verpasstes Ständemehr». Als auch diese Hürde problemlos genommen ist, bleibt kaum verdeckte Ratlosigkeit.

Umso mehr reagiert die offizielle Schweiz: Vor allem die Bundesrätinnen Widmer-Schlumpf und Calmy-Rey telefonieren und reisen umher und starten eine hektische Entschuldigungsdiplomatie – notabene für einen demokratischen Volksentscheid! – um den «Schaden

zu begrenzen». Schadensbegrenzung? Im Grunde genommen heisst das doch nichts anderes, als dass unsere direkte Demokratie in den Augen der sogenannten «Elite» Schaden angerichtet habe und somit ein Schadenfall sei. Sind nicht eher die betreffenden Bundesrätinnen der Schadenfall?

Totengräberei an unserer Demokratie

Es kommt noch dicker. Die Justizministerin, die Aussenministerin, der scheidende Bundespräsident, Rechtsprofessoren, Linke und nette Politiker(innen), Theologen, Gutmenschen und kopflose Internationalisten bezweifeln, dass die Minarett-Initiative umsetzbar sei, weil sie der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beziehungsweise dem Völkerrecht widerspreche. Einige meinen, der «Fehlentscheid» müsse rasch rückgängig

gemacht werden. Der Europäische Gerichtshof in Strassburg müsse ein Machtwort sprechen. Mit abenteuerlichen Argumenten wird Totengräberei an unserer Demokratie betrieben.

Das ist ein ausgekochter Skandal. Denn der schweizerische Souverän (laut Verfassung das Volk und die Kantone) hat mehr als deutlich entschieden. In unserer direkten Demokratie haben das Volk und die Kantone das letzte Wort.

Es gibt eine einzige Ausnahme: Zwingendes Völkerrecht darf nicht verletzt werden. Sonst würde eine Volksinitiative von der Bundesversammlung als ungültig erklärt. Das zwingende Völkerrecht beinhaltet das Verbot der Folter, der Sklaverei, des Angriffskrieges und des Völkermords. Das Minarettverbot hat damit selbstverständlich nichts zu tun; auch die Glaubensfreiheit ist nicht tangiert.

Standfestigkeit ist gefragt

Die erwähnten Totengräber der Demokratie versuchen, möglichst alles, was unter dem Begriff Völkerrecht, internationales Recht, internationale Konventionen (Beispiel Europäische Menschenrechtskonvention) figuriert, als «zwingend» zu erklären. Hand in Hand damit wollen sie die Gültigkeit von Volksinitiativen massiv einschränken und die Volksrechte aushebeln. Sie wollen die ihnen lästigen Hürden zum EU-Beitritt beseitigen.

Was ist zu tun? Das Volk hat entschieden. Die Amtsträger der Schweiz – Bundesrat, Parlament, Gerichte, Verwaltung – haben den Volkswillen zu vollziehen und zu respektieren. Sie müssen gegenüber heuchlerischen Vorwürfen und Angriffen aus dem In- und Ausland standfest bleiben, statt sich für Volksentscheide zu entschuldigen und «Schadensbegrenzung» zu betreiben.

Falls sie damit Mühe haben, sind sie definitiv am falschen Platz. Und was «Strassburg» betrifft, ist Gelassenheit angesagt. Nötigenfalls ist in letzter Konsequenz die EMRK zu kündigen, und wir treten unter Vorbehalt wieder bei.

Fortsetzung von Seite 1

Die aktuelle Schweizer Politik – ein Trauerspiel

Meinungs- oder Selbstforschung?

Man darf zwar noch über Abstimmungsergebnisse nachträglich diskutieren, nur nützen solche Diskussionen nichts mehr. Ein politischer Volksentscheid ist zu akzeptieren, ob es nun dem Einzelnen passt oder nicht. Die vergangene Abstimmung zeigt die Nutzlosigkeit von Meinungsumfragen. Nicht nur Meinungsumfragen liegen stets falsch, alle zukunftsgerichteten Vorhersageinstitute, wie Konjunkturforschungsinstitute, Stimmungsbarometer usw. sind prinzipiell nutzlos – dafür umso kostenintensiver – und dienen eher der Massenmanipulation vor den Wahlen anstatt neutraler Datenerfassung. Man müsste wirklich mal nachforschen, wo Claude Longchamp «geforscht» hat: Bei seinen eigenen Mitarbeitern im Betrieb oder

gar im Bundeshaus? Insbesondere politische Meinungsforschungsinstitute sollten durchaus vorhandene Profis zu Rate ziehen, die ihnen erklären, wie man echt die Treffsicherheit bei Wahlvorhersagen erhöhen kann. Zunächst, indem man nicht einige Tausend, sondern einige Zehntausende von Bürgern befragt. Es zeigt sich: Meinungsumfragen sind nun mal keine Wahlergebnisse.

Intelligente, vorausschauende Politik

Es sind gerade die Medien, die bei heiklen Themen regelmässig ein Eigentor schiessen. Denn, wer es heute wagt, in der Öffentlichkeit Themen wie die Missstände in der Ausländerpolitik oder im Asylwesen anzusprechen, wird sofort

von den Medien verunglimpft, als Fremdenhasser, Rassist oder Rechtsradikaler diffamiert. Parteien, die solche Themen an die Hand nehmen, werden als populistisch abgeurteilt, wobei das an und für sich treffende Wort «Populismus» nichts anderes bedeutet als volksnah, wogegen wohl niemand etwas haben kann. Bei der Abstimmung über die Minarettinitiative ist vermutlich auch ein gewisser Unmut der Bevölkerung bezüglich der überbordenden Migrationspolitik ausgedrückt worden. Mit der Ausschaffungsiniziativa ist die SVP allen anderen Parteien bereits wieder einige Schritte voraus. Haben Sie gewusst, dass Neurowissenschaftler der Ansicht sind, dass Menschen mit schneller Auffassungsgabe intelligenter seien? Somit scheint die SVP eine intelligente Partei zu sein und es freut mich dieser Partei anzugehören und ihre Interessen mitzuvertreten.

Gipfel der Heuchler

zac. In Kopenhagen machen die Vermieter grosser Luxus-Limousinen Sonderschichten. Majken Friss Jorgensen, Chef einer der grössten Vermieter, hat normalerweise 12 Autos auf der Strasse. Für den Kopenhagen-Gipfel sind es schon über 200. «Es gibt nicht genug Autos dieser Art in Dänemark, um die Nachfrage zu decken. Deshalb müssen die Autos über Hunderte von Kilometern aus Deutschland und Schweden herbeigeschafft werden.» Auf dem Flughafen werden derweil über 140 Privatjets von Gipfelteilnehmern erwartet. Da es auf dem Kopenhagener Flughafen nicht genug Parkplätze für die Jets gibt, fliegen sie ins benachbarte Ausland zum Parken.

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat will keine Sanktionspflicht für Schulbehörden

Diese Woche befasste sich der Kantonsrat mit der Sanktionspflicht für Schulbehörden und Bussen im Schulwesen und der Forderung der SVP-Fraktion nach einer Korrekptionsanstalt für disziplinarisch schwierige Kinder und Jugendliche. Zudem stand der Beschluss zur Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» und dessen Gegenvorschlag an.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Eine Motion von **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) und **Inge Stutz** (SVP, Marthalen) forderte vom Regierungsrat, die im Volksschulgesetz und der Volksschulverordnung vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Eltern und Schülerinnen und Schülern verpflichtend festzulegen. **Matthias Hauser** betonte im Rat, dass mit der Disziplinar massnahme von heute die Straftat von morgen verhindert werden könne. Heute können Disziplinar massnahmen getroffen werden, müssten jedoch nicht und würden somit auch oft nicht getroffen. In der Volksschulverordnung seien Disziplinar massnahmen aufgezählt, für welche Taten diese jedoch getroffen werden, variere von Schule zu Schule. In einer Gemeinde sei man tolerant bei versäumten Hausaufgaben, in der nächsten Gemeinde müsse man nachsitzen und in der übernächsten Gemeinde werde es im Zeugnis notiert. Diese Unterschiede seien ungerecht und würden die Wirkung der Massnahmen mindern. Eltern und Schüler wissen heute, dass Konsequenzen für Fehlverhalten einzig vom Ermessen der Lehrperson, Schulleitung und Schulbehörde abhängen und nicht sakrosankt seien. Wenn aber Schüler und Eltern wüssten, dass Lehrpersonen, Schulleiter und Behörden verpflichtet sind, Disziplinar massnahmen zu verordnen, würden diese sich nicht so verhalten. Es brauche klare Regeln und Rechtsgleichheit. Schliesslich könne ein Polizist auch nicht nach eigenem Ermessen eine Busse für zu schnelles Fahren festlegen. Der Rat sah es leider nicht so und lehnte die Motion mit 77 zu 89 Stimmen ab.

Korrektionsanstalt

Mit einer Motion forderten **Matthias Hauser** und **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) vom Regierungsrat, gesetzlich

Grundlagen für eine Korrektionsanstalt für Jugendliche zu schaffen. **Matthias Hauser** betonte im Rat, dass die SVP mit konkreten Massnahmen die Jugendgewalt auf drei Ebenen verhindern will: Konsequente Erziehung, mit der wenn nötig erzwungenen Integration und mit dem Jugendstrafrecht. Zur konsequenten Erziehung gehöre auch die Ausweitung des Massnahmekatalogs, welcher den Schulen zur Verfügung stehe. Die «Biografien» der Jugendlichen, die straffällig werden, beginnen meist schon in der Primarschule. Zu diesem Zweck gab es früher im Weinland einen Bauernhof, der mit Übernachtungsmöglichkeiten Jugendliche aus einer bestimmten Schulgemeinde, auch nur für einige Tage, zu einem geregelten Arbeitsprogramm aufnahm. Ohne sonderpädagogischen Status und mit Arbeitsbeginn um sechs Uhr morgens und ohne Formalitäten. Mit der Installation einer Korrektionsanstalt gehe es nicht um eine Strafe, sondern darum, dass im Massnahmenkatalog, welcher Erziehenden zur Verfügung steht, eine wichtige Lücke geschlossen werden könne. Der Rat stellte sich mit 114 zu 53 Stimmen gegen diese Massnahme.

Gemeindegesezt

Die eidgenössischen Räte haben das Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister verabschiedet. Ziel der Registerharmonisierung ist es, die Einwohnerregister in den Kantonen und Gemeinden sowie die grossen Personenregister des Bundes im Zivilstands-, Ausländer- und Flüchtlingsbereich zu harmonisieren. Die Harmonisierung besteht darin, die verschiedenen Register bezüglich Inhalt und Aktualität vergleichbar zu machen und Identifikatoren zu statistischen Zwecken einzuführen. **Ursula Moor** (SVP, Höri) betonte im Rat, dass eine Harmonisierung Sinn mache, auch wenn sie zeitlich und auch finanziell aufwendig sei. Denn es dürfe nicht sein, dass auf allen Ebenen Register geführt würden, die nicht aufeinander

abgestimmt sind. Die Einführung einer amtlichen Wohnungsnummer, der sogenannte Eidgenössische Wohnungsidentifikator, sei auf Bundesebene bereits verbindlich geregelt. Aus diesem Grund bleibe nicht mehr viel Spielraum. Der Bund habe beschlossen, die Volkszählung 2010 in der Form einer Registerzählung durchzuführen. Dabei sollen die Grunddaten nicht mehr bei der Bevölkerung erhoben, sondern direkt aus den elektronischen Registern der Gemeinden übernommen werden. Die Umsetzung der Bundesvorgaben in den Gemeinden laufe bereits auf Hochtouren. Der Kantonsrat beendete die erste Lesung.

Kinderbetreuung

Bei der Redaktionslesung zur Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» wurde der Gegenvorschlag, der jedem Kind ein Betreuungsplatz zusichern will, angenommen (siehe Kommentar). **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte im Rat, dass die Vorlage soweit zurechtgebogen wurde, dass sie niemandem mehr diene. Der Preis für dieses Verhalten werde die Gemeinden teuer zu stehen kommen. **Theres Weber** (SVP, Uetikon am See) betonte, dass wir auch bei der Kinderbetreuung zur Eigenverantwortung stehen. Wenn aber beide Elternteile arbeiten müssen, solle es die Möglichkeit auf Fremdbetreuung geben. Diese Angebote seien heute in den Gemeinden vorhanden. Ein weiterer Ausbau der Betreuungsangebote sei weder nötig noch finanzierbar. **Matthias Hauser** betonte, dass es eigentlich egal sei, ob die Gemeinde oder der Kanton die Betreuungsplätze bezahlen müsse, tangiere es doch so oder so den Steuerzahler. Fraktionspräsident **Hans Frei** (SVP, Regensdorf) mahnte den Rat vor St. Florianspolitik und betonte, dass für diese überladene Vorlage heute kein Geld vorhanden sei. Der Rat lehnte die Volksinitiative mit 97 zu 82 Stimmen ab und genehmigte den Gegenvorschlag mit 112 zu 58 Stimmen. Zum Glück wird das Volk das letzte Wort haben.

BAUPROGRAMM DER STAATSTRASSEN 2010–2012

Regierung setzt falsche Prioritäten

Wenn man das Strassenbauprogramm der Regierung genauer studiert, bekommt man den Eindruck, dass rund um die Strasse wohl viel gemacht wird. Dem eigentlichen Zweck und ihrem Titel wird die Vorlage Bauprogramm Staatsstrassen nur teilweise gerecht.



ADRIAN BERGMANN
KANTONS RAT SVP
MEILEN

Die Vorlage beinhaltet Lärmschutzmassnahmen, Rückbauten wie z.B. der Sihltalstrasse, oder nur indirekt wirksame Massnahmen wie Ausbau des Verkehrsmanagements. Sicherlich kann ein gutes Verkehrsmanagement, wenn es richtig programmiert ist, der Verflüssigung des Verkehrs dienen. Kommt die Steuerung des Verkehrsmanagements in die Hände der gleichen Leute, welche mit schikanösem Staumanagement den Verkehr in der Stadt Zürich zum Stillstand bringen, statt den Verkehr zu verflüssigen, dann wird der Stau gemagnt. Leider kann das gegenwärtige und in 10 bis 20 Jahren noch viel schlimmer werdende Verkehrschaos

auf unseren Strassen nicht alleine mit Management und ganz sicher nicht mit Strassenrückbau und Lärmschutzmassnahmen gelöst werden. Für eine Verflüssigung des Verkehrs braucht es Ortsumfahrungen und Ringschliessungen, welche mit Nationalstrassen verbunden und in hoher Priorität und schon lange gefordert sind, wie beispielsweise in Fällanden, Aathal/Wetzikon und rund um die Stadt Zürich. Mit dem vielen Geld, welches für all die Einhausungen und Lärmschutzmassnahmen der letzten Jahre ausgegeben wurden, hätten viele Umfahrungen realisiert und somit heutige Staus vermieden werden können.

Vernichtendes Resultat

Das Rad der Zeit kann nicht zurückgedreht werden, doch ist es von grösster Bedeutung, die Mittel künftig dort einzusetzen, wo die Wirkung pro Franken

für eine Verflüssigung des Verkehrs am grössten ist. Unter dieser Beurteilung ist das Resultat für die enormen Ausgaben beim Lärmschutz und dem Rückbau von Strassen als vernichtend zu betrachten. Tatsache ist, dass die vom Strassenbenützer finanzierten Strassengelder aus Steuern und Treibstoffzuschlägen, immer weniger für den Bau von Strassen verwendet werden. Dieser Zweckentfremdung muss endlich, und dies auch als Signal an Bern, Einhalt geboten werden. An den gleichen Empfänger, nämlich den Bund, geht auch die Rüge, dass der Kanton Zürich immer mehr als Milchkuh in Verkehrsprojekten missbraucht wird und dass der Bund seinen geäusserten Versprechungen vor der Abstimmung zum NFA nicht mehr in vollem Umfang nachkommt, indem zunehmend finanzielle Beiträge an nationale Vorhaben im Kanton Zürich reduziert werden.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Liberal-Sozialistisches Diktat



WILLY HADERER
KANTONS RAT SVP
UNTERENGSTRINGEN

Kinderbetreuung auf Kosten der Gemeinden. Auf diesen faulen Kompromiss mit den Sozialdemokraten haben sich die Freisinnigen eingelassen. Statt sich mit den Grünliberalen und unserer SVP für eine liberale Lösung einzusetzen, welche den Gemeinden Organisationsspielraum und eigene Entscheidungsfreiheit bezüglich Mitfinanzierung gelassen hätte, legten sich die Freisinnigen ins Lotterbett mit den Linken. Beschämend mussten sie dann noch zur Kenntnis nehmen, dass sie von den Linken förmlich vorgeführt wurden, indem diese die Initiative der Gewerkschaften nicht nur nicht zurückziehen, sondern diese auch noch primär aktiv unterstützen. Diese billige Anbiederung lässt sich nur noch mit unerklärlicher Kopflosigkeit erklären.

Wenn nun die schlanker formulierte Initiative, trotz Ablehnung durch den Kantonsrat, mit Vorteilen gegenüber dem Gegenvorschlag in die Volksabstimmung geht, liegt dies vor allem in der Verantwortung der Freisinnigen. Auch der Gegenvorschlag verlangt eine verstaatlichte Kinderbetreuung, wie die Initiative. Allerdings werden die Gemeinden auch noch zur Finanzierung dieser Staatsbetreuung der Kinder zwangsverpflichtet. Man fragt sich, wo das Wort liberal im Parteinamen geblieben ist? Es ist nicht einmal mehr schemenhaft zu erkennen.

Mit der verstaatlichten Fremdbetreuung der Kinder, flächendeckend über alle Gemeinden des Kantons an-

geboten, wird der Druck auch auf normal funktionierende Familien immer grösser, ihre Kinder ebenfalls in diese Betreuungseinrichtungen zu schicken. Dass damit die Stellung der Familien, welche ihr Zusammenleben in eigener Selbstverantwortung wahrnehmen, immer mehr geschwächt wird, kann den Linken nur Recht sein. Leider macht diese Haltung auch bei den Mitteparteien nicht halt. Das Bekenntnis zu einer aktiven Familienpolitik ist dort leider nur noch ein fades Lippenbekenntnis.

Die SVP ist wieder einmal aufgerufen, in der Volksabstimmung eine weitere staatliche Fehlentwicklung zu verhindern. Gelingt uns dies nicht, so wird es in diesem wichtigen familienpolitischen Bereich keine private Initiative und Lösungen der Wirtschaft mehr geben. Dazu wird kommen, dass mit staatlichen Vorschriften eine wesentliche Verteuerung für diese Fremdbetreuung der Kinder entstehen wird. Zusammen mit der Überreglementierung der Kinderbetreuung von Bundesratsseite, welche in der Vernehmlassung eine totale Abfuhr erlitt, aber nach dem Willen der Bundesrätin Widmer-Schlumpf trotzdem weitgehend als verbindliche Vorschriften auch für private und verwandtschaftliche Lösungen durchgesetzt werden soll, müssten wir uns mit dem neuen Zürcher Gesetz auf eine totale verstaatlichte Zwangsregulierung gefasst machen. Dies hat man seit dem Untergang der kommunistischen Oststaaten in dieser Regeldichte nirgendwo mehr erlebt. Es ist die vornehme Pflicht unserer SVP, solchem staatlichen Überborden mit Überzeugung und Engagement entgegenzutreten.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... die erste Lesung zum geänderten Gemeindegesetz abgeschlossen. ☺
- ... die Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» zur Ablehnung empfohlen. ☺
- ... den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» angenommen. ☹
- ... dem Gesetz über den Beitritt zum Regionalem Schulabkommen zugestimmt. ☺
- ... dem Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge zugestimmt. ☺
- ... die Motion betreffend Korrektionsanstalt abgelehnt. ☹
- ... die Motion betreffend Sanktionspflicht für Schulbehörden und Bussen im Schulwesen abgelehnt. ☹

7.12.09

Es gibt nichts zu klären

zac. Am vergangenen Abstimmungswochenende wurde dem Stimmvolk folgende Frage gestellt: «Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr annehmen?» 65 Prozent der Abstimmenden beantworteten die Frage mit einem «JA», obwohl sich die wenigsten von ihnen im Detail mit dem Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 auseinandergesetzt haben dürften. Es ist auch nicht anzunehmen, dass alle, die am Urnengang teilnahmen, genau wussten, was unter dem ominösen Terminus «Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr» zu verstehen ist. Die Stimmbevölkerung folgte ganze einfach der Empfehlung von Bundesversammlung und Parlament und hatte Vertrauen in die Abstimmungsempfehlungen der Parteien.

Genau die gleiche Stimmbevölkerung hatte am gleichen Tag aber noch eine die folgende Frage zu beantworten: «Wollen Sie die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» annehmen?» Simpler und klarer geht nicht. Nichts an dieser Frage ist unklar. Gleichwohl fragen sich Politikaster landauf, landab wie es dazu kommen konnte, dass das Stimmvolk die Frage ebenfalls mehrheitlich mit «JA» beantwortete. Ob es wohl überfordert sei, und ob es die Politik von dieser Überforderung befreien soll. Aus dem konsternierten Bundesrat heisst es, man müsse nach den Ursachen für dieses Verdikt forschen. Als wäre nach einer klaren Antwort auf eine klare Frage nicht alles klar.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Bruno F. Fabbri



Alter: 61 Jahre
Beruf: Werbekaufmann
Gemeinde: Stadt Zürich 5

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich habe mich in meinem Leben politisch von ganz links zur Mitte bewegt und bin am Schluss auf der rechten politischen Seite angekommen. Vor allem weil links/grün immer mehr hirnspinigste Ansichten vertreten. So bin ich zur SVP gekommen. Nur die SVP kann den Ausverkauf der Schweiz verhindern. Politisch interessiert bin ich seit meinem 11. Lebensjahr. Mitglied in der SVP bin ich seit 2007, nach der skandalösen Abwahl von Bundesrat Blocher sowie des Einflusses der links-grünen Zürcher Stadtregierung. Dieser Stadtrat macht Zürich kaputt.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Ich engagiere mich durch Mitgliederwerbung, Standaktionen, dem Einbringen von Ideen (wie Parteimitglieder ausweis herausgeben) usw. Zudem kandidiere ich 2010 für den Gemeinderat.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Ich wünsche mir mehr Zusammenhalt und Einigkeit der Schweizer Bürger. Eine höhere Stimm- und Wahlbeteiligung. Weniger Bürokratie, Gebühren, Taxen und Kriminalität. Die Verteidigung der Werte der ursprünglichen Schweiz.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Es gibt einige Politiker, die Vorbild sein können. Spontan fällt mir gerade Adolf Ogi ein. Er war und ist engagiert, volksnah und Mitglied der Partei, welche die Schweizer Werte am besten vertritt.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Politisch engagieren, mit dem Filz aufräumen, den linken und grünen Träumern die Augen öffnen und einen Sitz im Gemeinderat zu gewinnen.

LESERBRIEFE

Zum Artikel «Climategate» – Wenn sich Politik zum organisierten Verbrechen gesellt

Seit meiner Lehrzeit in den 70er-Jahren ist die Welt schon über 20-mal untergegangen. Wenn es nach den sich periodisch ändernden Endzeitszenarien der grün-sozialen Populisten ginge, dann hätten wir z.B. keine Wälder mehr, alles Wasser und die Luft wären verseucht oder diese Elemente hätten sich auf wundersame Weise verflüchtigt, zudem wären bereits heute alle Menschen in Folge einer gigantischen Bevölkerungsexplosion oder wegen Handystrahlung eingegangen. Ich mag den Unsinn gar nicht wiederholen, wir alle kennen die grün-linke Litanei.

Der Artikel zeigt sehr schön auf, was die linken Weltuntergangs-Apostel und Sektierer seit mehreren Jahrzehnten der Bevölkerung einzutrichtern versuchen – danke für die klaren Worte.

Leider kann diese superschlaue «Intelligenzia» uns «Proleten», wie sie uns nennen, auf allen Kommunikationskanälen völlig unhaltbare Behauptungen an den Kopf werfen. Sie müssen sich für ihre Falschaussagen und Dummheiten nie entschuldigen. Als Unternehmer beobachte ich seit langem die links-populistischen grünen Hetzkampagnen mit grosser Sorge. Das ist Politik, da könnte man ja noch

sagen «selig sind die geistig Armen». Dass aber seit Jahren durch gezielte wirtschaftsfeindliche staatlich-sozialistische Umverteilungsaktionen der Wirtschaft und dem Bürger das Geld aus der Tasche gezogen wird, um die Pfründe der neuen Grün-Sozialisten zu bezahlen, das ist eine ganz typische Entwicklung für die Gesinnung der Genossen. Leider sagen die bürgerlichen Kräfte in der Politik zu wenig laut STOPP.

Es ist Zeit für eine Aufklärungskampagne – Herr Lomborg, Statistik-Professor, hat ein sehr fundiertes Buch geschrieben: «The sceptical environmentalist». Sehr aufschlussreich, wie die Linke die Statistiken fälscht. Zuerst kommt immer eine Behauptung, dann kommt eine Statistik, die sich auf «allgemein anerkannte» Zahlen beruft, jedoch weder normiert noch validiert ist und dann wird der Unsinn über alle Kanäle verbreitet. Wehrt sich einer, wird er zuerst ignoriert, wenn das nicht geht, wird er verunglimpft und als «unwissenschaftlich» hingestellt und schliesslich diffamiert und als Vollidiot gestempelt – unter Umständen mit Berufsverbot belegt.

Johann Widmer, Zürich

Die Wahrnehmung ist beim Volk da – nur die Politik hat noch nichts begriffen!

Das Egerkinger Komitee hat gute Arbeit geleistet. Jetzt wird endlich über all jene Probleme offen diskutiert, die das Schweizer Volk schon lange beschäftigen – und wie! Selten ist so heftig debattiert und öffentlich gestritten worden.

Wir sind ja wirklich ein unglaublich geduldiges Volk – aber auch das geduldigste Volk hat irgendwann einmal genug. Genug von der Versager- und Kuschelpolitik in Bern. Erst jetzt kommt zutage, welche Folgen die Abwahl von Christoph Blocher für unser Land hat. Sogar seine grössten Feinde und Abwähler müssen zerknirscht zur Kenntnis nehmen, dass der Bundesrat schlicht nicht in der Lage ist, die aktuellen Probleme zu lösen. Völlig überfordert tritt er von einem Fettnäpfchen ins andere, beschämend. Das Abstimmungsergebnis ist eine «Klatsche» an die aus dem Ruder laufende Politik, welche nicht mehr ausgerichtet ist auf das Wohl der eigenen Bürger und ihre eigenen Befindlichkeiten und Wahrnehmungen. Vielmehr kommt ganz klar zutage, dass gewählte Parlamentarier bereit sind, für ein gut bezahltes Mandat in Brüssel die Schweiz aufzugeben, zu verraten und zu verkaufen. Die Bankenkrise, die Affäre mit Liby-

en, die Lügen des Bundesrates vor der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit; die ungebremste Zuwanderung in unser Land und in unsere Sozialsysteme; die zunehmende Kriminalität; die lasche Haltung der Behörden und Gerichte gegenüber Verbrechen; die unglaublichen Gerichtsurteile, wo ausländische Verbrecher noch mit hohen Summen entschädigt werden usw., all das hat zu diesem Abstimmungsergebnis mit beigetragen. Das Vertrauen in die Politik ist auf dem Nullpunkt. Wir haben zwar griffige Gesetze, aber sie werden nicht angewendet. Die Justiz verhätschelt die Täter und beleidigt die Opfer.

Die Wahrnehmung ist beim Volk da – nur die Politik hat noch nichts begriffen. Jetzt muss der Volksentscheid umgesetzt werden, ohne Wenn und Aber. Wir wollen uns in unserem Land wohl und sicher fühlen, wir wollen unsere eigene Kultur leben und alle, die in unser Land kommen, haben unsere Gesetze und unsere Eigenheiten zu akzeptieren – Punkt! In den letzten Tagen wird die Schweiz wegen ihres Entscheides verflucht – trotzdem, warum kommen denn genau jene in unser Land?

Gerda Fuhrer, Winkel

Minarett-Verbot – und Demokratie

Zugegeben, dass die Abstimmung über das Verbot für den Bau neuer Minarette so deutlich von unseren Stimmbürgerinnen und -bürger angenommen worden ist, erstaunte auch mich. Was jetzt aber, nach dem glasklaren, urdemokratischen Volksentscheid abläuft, ist eine unglaubliche Arroganz und gewaltige Einschüchterungskampagne vielschichtiger und völlig weltfremden Besserwissenden und Gutmenschen. Dass sich unsere führungsschwache Landesregierung und viele Regierungen in unseren Kantonen und Kommunen schon längst von der Realität des wirklichen Lebens und seiner Bevölkerung verabschiedet haben, ist unlängst bekannt. So erstaunt denn auch nicht, dass deren Steigbügelhalter – die vereinigte linke Presse – uns immer noch täglich mit wildestem Drohgebärden einschüchtern will. Als eigentlichen Hammer finde ich jedoch, wenn fremde Staaten, die täglich die Menschenrechte mit Füßen treten, uns vorschreiben wollen, was unser Souverän nun verbrochen haben soll. Da sei dann doch die Frage gestellt, wieso denn weltweit keine Entrüstungstürme ausbrechen, wenn in islamitischen Staaten 11-jährige Mädchen – die ver-

gewaltigt und deshalb schwanger geworden sind – öffentlich gesteinigt werden oder wenn in den selben Ländern junge Frauen beschnitten und zwangsverheiratet werden. Weiter verwundert auch, weshalb niemand die selbsternannten Menschenrechtler in der EU und UNO anruft, wenn täglich unschuldige Menschen durch Attentate fanatischer Islamisten in den Tod gerissen werden. Wie ernst die Drohungen der unsäglichen UNO zu verstehen ist, zeigt die Tatsache, dass Libyen im kommenden Jahr den Vorsitz der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (CHR) übernehmen wird. Somit wird das Terror-Regime in Tripolis eine Kommission leiten, die sich für die internationalen Menschen- und Bürgerrechte einsetzen will! Na dann mal gute Nacht. Da erübrigen sich meines Erachtens sämtliche weitere Diskussionen, denn ich bin einfach froh, dass wir noch in einer gut funktionierenden Demokratie und Gesellschaft leben dürfen. Um diesen Umstand beneiden uns gemäss internationalen Umfragen Millionen von Menschen auf der ganzen Welt.

Kantonsrat René Isler, Winterthur

RÜCKGABEAKTION VON WAFFEN UND MUNITION

Fast ein ganzes Regiment entwaffnet

An gesamthaft 5 Tagen sind im Kanton Zürich dezentral über 2000 Armeewaffen sowie 800 Privatwaffen abgegeben worden.

RoMü. Die Waffenrückgabeaktion der Zürcher Sicherheitsdirektion ist abgeschlossen. An insgesamt 5 dezentral bestimmten Orten haben Personen unentgeltlich eine umfangreiche Waffensammlung abgegeben, welche sie bis anhin zu Hause gelagert haben. Das Ziel der Aktionen, im Interesse der Sicherheit möglichst viele unerwünschte Waffen aus dem Verkehr zu ziehen, wurde gemäss der kantonalen Sicherheitsdirektion erreicht. Die Bevölkerung machte reichlich davon Gebrauch, dass Schusswaffen, Waffenbestandteile oder auch Munition aus den Haushaltungen ohne grosse bürokratische Hürden «entsorgt» werden konnten. Danach wurde sämtliches abgegebenes Waffenarsenal vernichtet. Dabei kamen auch schön gepflegte Ordonnanzwaffen zusammen, welche manch einem Schützen das Herz höher schlagen lässt. Auch beim Sport- und Jagdwaffenbereich kam einiges zusammen. Allein beispielsweise in Winterthur wurden auch einige sehr schöne Jagdwaffen zur Abgabestelle gebracht, von welchen mancher Jungjäger nur träumen können. Kenner der Szene bezweifeln aber, dass die Waffenrück-

nahmeaktionen zur wesentlichen Verbesserung der öffentlichen Sicherheit beitragen werden, weil jene Kreise, welche Waffen und allenfalls deren Bestandteile zu kriminellen Taten einsetzen könnten, den Abgabebeten ferngeblieben sind.

Ein Regiment entwaffnet

Die eingesammelten Waffen würden reichen, um fast ein ganzes Regiment mit persönlichen Waffen auszurüsten. Gesamthaft kamen an den Sammelorten Hinwil, Bülach, Winterthur, Wädenswil und Urdorf 418 Langgewehre, 1201 Karabiner 11 und 33, 307 Sturmgewehre 57 und 285 Armeepistolen und Revolver zusammen. Zudem lieferten Bürger weitere 446 private Pistolen und Revolver und 371 private Gewehre aller Art ab. Dazu kommen 1300 Bajonette, 1 Armbrust, 1 Morgenstern, 1 Kalaschnikow und ein Wilderergewehr. Zudem kamen 1710 kg Munition zusammen.

Die Kantonspolizei macht im Weiteren darauf aufmerksam, dass weiterhin Waffen und Munition kostenlos auf jeder Polizeistelle abgegeben werden können.



Viele private Gewehre kamen wie hier in Ohringen zusammen.

Wahrheit à la CVP

Nach dem ausserordentlichen Parteitag der SVP am 31. Oktober 2009, in Wauwil LU, zum Thema «Landwirtschaft», verkündete CVP-Präsident Christoph Darbellay grossmundig und medienwirksam, dass die CVP jetzt ebenfalls gegen den Agrarfreihandel sei. Endlich dachte man, hat auch diese Partei eingesehen, dass ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU katastrophale und unakzeptable Folgen für die Schweizer Landwirtschaft mit sich bringt.

Doch weit gefehlt! An der Sondersession des Nationalrates, am 3. Dezember 2009, hat die CVP-Fraktion für die Weiterführung, anstatt den sofortigen Abbruch der Verhandlungen gestimmt. Wenn man weiss, dass ein Agrarfreihandel mit der EU über 40'000 Stellen allein in der Landwirtschaft kosten würde und in den vor- und nachgelagerten Bereichen ca. 120'000 Arbeitsplätze dazu kämen, dass das bäuerliche Einkommen um 60 Pro-

zent und der Selbstversorgungsgrad unter 30 Prozent sinken würden und für die Schweizer Volkswirtschaft unverantwortbare Benachteiligungen entstünden, dann ist dieses Verhalten schlicht unentschuldigbar.

Die CVP-Votanten und Fraktionsmitglieder sind von ihrer Volkswirtschaftsministerin «weichgeklopft» und auf den leuthardschen Weg verwiesen worden. Einmal mehr konnte man unmissverständlich zur Kenntnis nehmen, dass der Einsatz der CVP zu Gunsten einer nahrungsmittelproduzierenden und kulturlandschaftspflegenden Landwirtschaft nur Lippenbekenntnisse sind. Tatsache ist, dass sie ihre Wähler aus dem Bauernstand halten, verträsten und für dumm verkaufen will. Wer die Wahrheit in dieser Form mir den Füßen tritt, muss sich nicht wundern, wenn nicht mehr auf ihn gehört wird.

Nationalrat Ernst Schibli, Otelfingen

Aufschrei der «Eliten»

Die Schweiz bat einen demokratischen Entscheid getroffen. Nun kommt sie ins Schussfeuer der «Eliten» aller Schattierungen im In- und Ausland. Was ist passiert? Am 29. November hat das Schweizervolk nicht so gestimmt, wie es sich die sogenannten «Eliten» gewünscht haben.

Unsere Justizministerin fühlte sich verpflichtet, sich dafür in Brüssel zu entschuldigen. Der «Tages-Anzeiger» betitelte seinen Kommentar zur Abstimmung mit «Die Tyrannei der

Mehrheit». Woher diese Missachtung des Grundgedankens der Demokratie, der doch auf den kürzesten Nenner gebracht, lautet «Regierung durch das Volk für das Volk!»

Das Abstimmungsergebnis des 29. November 2009 wird vielleicht in die Geschichte eingehen als die von den Völkern gewünschte Erneuerung einer unverfälschten, echten Demokratie.

R. Burger, Burg

Abonnieren
Sie gratis unseren

Newsletter

unter
www.svp-zuerich.ch

Die Profis vom Land

Personal- und Arbeitskräfte
(alles Landwirte) für

► Gewerbe ► Bau
► Industrie ► Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
► Tel. 055 251 41 41 ► info@mrzo.ch



Maschinenring

MITTE-LINKS-KOALITION TRITT KONKORDANZ MIT FÜSSEN

Systematische Ausgrenzung bei Richterwahlen

Bei den Richterwahlen vom Mittwoch hat einmal mehr die Mitte-links-Koalition die Konkordanz mit Füssen getreten und statt den beiden von der SVP vorgeschlagenen Personen eigene Richter ans Bundesverwaltungsgericht gewählt. Die SVP fordert die anderen Parteien auf, endlich die Konkordanz zu respektieren und den frei gewordenen Sitz bei den nächsten Richterwahlen der SVP zuzugestehen.

ZB. Seit Jahren wird die SVP bei den Wahlen für die eidgenössischen Gerichte systematisch ausgegrenzt, die Konkordanz wird von CVP, SP und Grünen dauernd missachtet. So wurden der SVP trotz bestausgewiesenem proportionalem Anspruch bereits in der Herbstsession 2008 ein Sitz am Bundesgericht sowie ein Sitz am Bundesverwaltungsgericht verweigert. Auch diese Woche schlug die unselige Koalition der Blocher-Abwähler unter der Führung der CVP wieder zu. Statt endlich die Konkordanz zu respektieren und die beiden von der Gerichtskommission als qualifiziert und wählbar erachteten SVP-Vertreter zu wählen, machten SP und Grüne unter CVP-Führung einmal mehr ein «Päckli». Die Folge: Die Bundesversammlung wählte eine SP-Vertreterin mit 125 Stimmen ans Bundesverwaltungsgericht, obwohl die SP am Bundesverwaltungsgericht bereits mit rund 2,5 Richtern übervertreten ist. Ebenfalls wählte die Bundesversammlung mit

111 Stimmen eine CVP-Vertreterin ans Bundesverwaltungsgericht, obwohl die CVP am Bundesverwaltungsgericht bereits mit 1,5 Richtern übervertreten ist. Der aus den Hearings der Gerichtskommission mit Abstand als bestgeeigneter Anwärter hervorgegangene SVP-Kandidat landete trotz seiner allseits unbestrittenen Qualifikationen mit 104 Stimmen nur auf dem dritten Platz, obwohl die SVP somit am Bundesverwaltungsgericht neu mit 7 Stellen untervertreten ist.

Durch die erfolgte Wahl eines CVP-Bundesverwaltungsrichters ans Bundesgericht entsteht erneut eine Vakanz im Bundesverwaltungsgericht. CVP, FDP und SP sind an diesem Gericht alle massiv übervertreten. Aus diesem Grund fordert die SVP, dass die Konkordanz und damit der Anspruch der SVP von fast 7 Richterstellen zu respektieren und bei den nächsten Wahlen ans Bundesverwaltungsgericht eine SVP-Kandidatur zu unterstützen ist.

IG FREIHEIT

Verordnungen vor das Parlament bringen

Die IG Freiheit will ein parlamentarisches Vetorecht gegen Verordnungen schaffen. Am Mittwoch hat Nationalrat Thomas Müller (CVP) im Namen des Vorstands der IG Freiheit eine Parlamentarische Initiative eingereicht, mit welcher er dem Parlament ermöglichen will, auf Verordnungen Einfluss zu nehmen. Immer häufiger ist festzustellen, dass Regierung und Verwaltung den Willen des Gesetzgebers in Verordnungen nicht vollumfänglich respektieren.

IG Freiheit. In der feinen Mechanik der direkten Demokratie gestaltet sich der Gesetzgebungsprozess sehr anspruchsvoll. Entscheidende Bedeutung kommt indessen nicht nur den Gesetzen selbst, sondern zunehmend auch den Verordnungen zu. Hier haben Bundesrat und Verwaltung weitreichende Freiheiten. So kommt es immer wieder vor, dass der Inhalt von Verordnungen nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht. Dies ist aus demokratischer Sicht stossend. Aus diesen Gründen kennt der Kanton Solothurn ein kantonsrätliches Veto gegen Verordnungen des Regierungsrates (Art. 79 Abs. 3 KV): 17 von 100 Kantonsräten können Einspruch gegen eine Verordnung bzw. Verordnungsänderung einlegen. Stimmt die Mehrheit des Rates zu, wird die Verordnung an die Regierung zurückgewiesen. Mit Blick auf die guten Erfahrungen mit der Regelung im Kanton Solothurn hat

der Nationalrat im Dezember 2008 einer entsprechenden Parlamentarischen Initiative mit 152:11 Stimmen zugestimmt. Der Ständerat jedoch lehnte die Initiative mit 27:6 Stimmen ab. Die Ständeräte argumentierten vor allem dahingehend, dass das Zweikammersystem der Schweiz verletzt sei, weil beim damaligen Vorstoss ein Drittel der Ratsmitglieder in einem der beiden Räte ein Veto hätte einlegen können. Diesen Überlegungen trägt der aktuelle Vorstoss der IG Freiheit Rechnung. Gemäss dem Vorstoss von Nationalrat Thomas Müller können die eidgenössischen Räte zu bundesrätlichen Verordnungen ein einfaches Veto, ohne Möglichkeit der Abänderung, einlegen, wenn dies von einem Viertel der Ratsmitglieder beider Räte (50 Mitgliedern des Nationalrates und 12 Mitgliedern des Ständerates) verlangt wird und die einfache Mehrheit beider Räte diesem Antrag zustimmt.

Kuratorium Blau/Weiss

Das Kuratorium Blau/Weiss ist die Gönnervereinigung der SVP des Kantons Zürich. Damit wir nun in den nächsten Jahren die Wahlziele auch erfolgreich umsetzen können, steht harte Arbeit bevor. Diese Arbeit erfordert nicht nur viel freiwillige Leistung an der Basis und in der Parteiführung, sondern bedarf auch einer gesunden Finanzierung. Damit sowohl Mitglieder als auch Sympathisanten der SVP des Kantons Zürich die Parteiarbeit unterstützen können, wurde das Kuratorium Blau/Weiss gegründet. Mit einem Mindestbeitrag von Fr. 500.– pro Jahr ist eine Mitgliedschaft möglich. Das Kuratorium Blau/Weiss führt in der Regel jährlich eine gesellschaftliche Veranstaltung als Dank an die Sympathisanten durch.

Ich interessiere mich für einen Beitritt und wünsche Unterlagen:

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ / Ort: _____

Unterschrift: _____

Kuratorium Blau/Weiss, Postfach 6339, 8023 Zürich
Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65

GEGEN DIE BENACHTEILIGUNG VON SELBSTBETREUENDEN ELTERN

SVP lanciert Familieninitiative

Die SVP-Delegierten haben am vergangenen Samstag mit 367 zu null Stimmen die Lancierung der Familieninitiative beschlossen. Mit der Initiative sollen auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung Steuerabzüge machen können. Der Start der Unterschriftensammlung ist zu Beginn des kommenden Jahres vorgesehen.

ZB. Die SVP-Delegierten haben sich einstimmig für die Lancierung der Familieninitiative ausgesprochen. Sie haben damit ein klares Zeichen für die eigenverantwortliche Familie gesetzt. Mit der Initiative kann die Benachteiligung, welche das Parlament in Bezug auf die Familienbesteuerung geschaffen hat, korrigiert werden. Die SVP hat die Betreuungsabzüge im Parlament unterstützt. Steuerabzüge sollen aber allen Familien, unabhängig von der Betreuungsform zugute kommen. Die Delegierten haben nun am vergangenen Samstag folgenden Initiativtext beschlossen:

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 129 Steuerharmonisierung Abs. 4 Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

Einfache und überzeugende Vorlage

Mit der vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung wird die Freiheit der Kantone zur Gewährung von Betreuungsabzügen respektiert. Der vom Parlament eingeführte Fremdbetreuungsabzug beinhaltet jedoch im Steuerharmonisierungsgesetz eine Klausel, welche die Kantone verpflichtet, einen Abzug zu gewähren. Wird dieser so beibehalten, müssten die Kantone mit der Änderung der Verfassungsbestimmung auch einen Eigenbetreuungsabzug in mindestens gleicher Höhe wie der Fremdbetreuungsabzug einführen. Die Festsetzung der Höhe ist Sache der Kantone.

Auf Bundesebene müsste mit dieser Verfassungsänderung bei den direkten Bundessteuern ein Abzug von CHF 10 000 auch für die Eltern eingeführt werden, die ihre Kinder selber betreuen. Eigenverantwortlichen Familien, welche auf ein Zweiteinkommen verzichten, sollen damit die gleichen Abzugsmöglichkeiten offen stehen, wie Doppelverdienerfamilien. Damit wird

sowohl ein steuerpolitisches, als auch ein familienpolitisches Anliegen umgesetzt.

Es ist nicht statthaft, die steuerliche Benachteiligung der Doppelverdiener als Argument gegen die Initiative ins Feld zu führen.

Denn es kann nicht sein, dass eine allenfalls bestehende steuerliche Benachteiligung mit einer anderen Benachteiligung kompensiert wird. Will man Doppelverdienerhaushalte steuerlich entlasten, ist ein anderer Weg, zum Beispiel über die Milderung der Progression, zu finden.

Wie geht es nun weiter?

Der Verfassungstext geht nun an die Bundeskanzlei zur Prüfung. Gleichzeitig bereitet die SVP die Unterschriftensammlung vor. Es ist damit zu rechnen, dass die Initiative in den ersten Wochen des nächsten Jahres im Bundesblatt publiziert wird. Die SVP wird dann, gemeinsam mit der zweiten lancierten Initiative zur Volkswahl des Bundesrates, mit der Unterschriftensammlung beginnen.

DEBATTE UM STUDIENGEBÜHREN

Subvention für ausländische Studenten?

Wer über die Erhöhung der Studiengebühren nachdenkt, müsste auch die Zuschläge für ausländische Studierende miteinbeziehen; sonst droht eine Subventionierung der ausländischen Studierenden auf Kosten der Schweizer.



B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Wenn derzeit die Erhöhung der Studiengebühren die Gemüter erhitzt, so wird dabei eine Tatsache kaum erwähnt: Mit den Semestergebühren von knapp 1400 Franken im Jahr liegt die Universität Zürich, für die der Kanton zuständig ist, zwar im oberen Mittelfeld der Hochschulen, bei jenen Universitäten jedoch, die für ausländische Studierende eine zusätzliche Gebühr für ausländische Studierende erheben, liegt sie mit 200 Franken am günstigen Ende der Tabelle. Gar keine Zuschläge bezahlen die Studierenden in Genf, Lau-

sanne, Bern, Basel und Luzern. Der Sinn dieser zusätzlichen Gebühr lässt sich leicht herleiten, finanzieren doch die Schweizer Studenten die Universität erheblich mit, sei das durch eigene, noch bescheidene Steuern, sei das in weit höherem Masse durch die Steuern ihrer Eltern. Damit subventionieren die Schweizer die ausländischen Komilitonen auf dem indirekten Weg; dies fällt besonders ins Gewicht, wenn durch das Bologna-System, das auch der Universität Zürich durch internationale Vereinbarungen aufgediktet wurde, vermehrt Ausländer hier studieren.

Quersubvention wird verstärkt

Dieses Bologna-System, das eine Verschulung mit sich bringt, macht es

auch schwierig, neben dem Studium die Persönlichkeit durch ein Engagement in der Praxis breiter zu entwickeln. Damit wird es auch erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht, neben dem Studium noch Geld zu verdienen.

Wenn einseitig nur die Studiengebühren erhöht werden, nicht aber die Gebühren für die ausländischen Studierenden, so öffnet sich die Schere weiter und die Quersubventionen nehmen damit anteilmässig erheblich zu. Die mit Bologna gerühmte Mobilität müsste auch auf Gegenseitigkeit bestehen; die Wirklichkeit sieht aber so aus, dass mehr Ausländer in der Schweiz studieren wollen als umgekehrt. Wenn dem so ist, dank den tiefen Zusatzgebühren für Ausländer, dann wird die Quersubvention noch verstärkt.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Interpellation: SWITCH missbraucht Monopolstellung und konkurrenziert private Provider



NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

SWITCH lancierte Mitte August eine 100%ige Tochtergesellschaft unter dem Namen switchplus ag, die neben der Domain-Registrierung zusätzliche Dienstleistungen wie E-Mail und Webhosting anbieten will. Am 25. September konnten 10 Provider beim Handelsgericht des Kantons Zürich eine superprovisorische Verfügung gegen SWITCH erwirken. Die Provider machten erfolgreich geltend, dass SWITCH ihre Monopolstellung als Registry missbraucht, indem sie ihre kommerziell tätige Tochtergesellschaft gegenüber anderen Marktteilnehmern im Bereich der Domain-Registrierung bevorzugt. Verboten wurde vorerst nur die Bevorzugung von switchplus auf der Einstiegsseite von switch.ch. Es ist noch offen, ob das Handelsgericht die superprovisorische Massnahme aufrechterhält. Weitere Vorwürfe sind Gegenstand einer Anzeige bei der Weko.

Ich bitte den BR folgende Fragen zu beantworten:

1. In der Stiftungsurkunde von SWITCH steht, dass sie weder kommerzielle Zwecke verfolgt noch auf Gewinn ausgerichtet ist. Wie kommt es dann, dass SWITCH in den letzten Jahren 50 Mio. Eigenkapital angehäuft hat? Wie präsentieren sich die Rechnungen der letzten fünf Jahre, mit separater Ausweisung der Registrierungsstelle? Was ist in der Rechnung mit den diversen Domain-Positionen (Rückstellungen, Phase-out, Marktrisiken, Rechtshilfe usw.) gemeint?

2. Das BAKOM gab kürzlich bekannt, dass die Einnahmenüberschüsse, die SWITCH mit den Domain-Namen erzielt, künftig auch für die Finanzierung anderer Aufgaben verwendet werden kann. Was ist damit konkret gemeint? Müsste SWITCH nicht vielmehr kostendeckend arbeiten und somit die Kunden weniger Gebühren zahlen?

3. Ist die SWITCH als Stiftung steuerbefreit?

4. War es nötig, dass SWITCH eine 100%ige Tochtergesellschaft gegründet hat? Was hält der BR davon, dass switchplus private Provider konkurrenzieren will mit privaten Angeboten wie E-Mail und Webhosting?

5. War sich das BAKOM nicht bewusst, welche Strategie SWITCH mit der Gründung der Tochtergesellschaft verfolgte?

6. Wäre nicht eine Registrierungsstelle, die lediglich technisch für die Domain-Vergabe zuständig ist und die Privaten für den Verkauf, sinnvoll, wie bspw. in Deutschland?

7. Die SWITCH gab am 28.9. bekannt, sich mit den «ihr zur Verfügung stehenden Mitteln» gegen die privaten Provider zu wehren. Sind dies wiederum Mittel aus der nicht gewinnorientierten Stiftung und wie viel Geld wurde dafür budgetiert?

Fadegrad

Geschichten
aus dem Emmental

VON ROLF A.
SIEGENTHALER

Simon Gfeller, selber Lehrer, schildert in seinen 1914 veröffentlichten «Geschichten aus dem Emmental» wie sich die Bauern viel Zeit nehmen, einen neuen Käser zu wählen, während die Lehrerwahl niemand wirklich interessiert. «Dem Lehrer geben sie nur ihre Kinder, dem Käser ihre wertvolle Milch». Die Umsetzung der Volksschulreform stösst auf Probleme. Eine Studie des Schweizer Lehrerdachverbandes LCH zeigt auf, dass Deutschschweizer Lehrer massiv Überstunden leisten. Die Studie zeigt allerdings auch, dass die Zeit, die der Lehrer im Schulzimmer, mit Vorbereitungen und Korrekturen verbringt, in den letzten zehn Jahren nicht zugenommen hat. Zugenommen hat der Aufwand, der mit den Schulreformen gekommen ist. Es sind dies: Gemeinschaftsarbeit (+67%), Administration (+57%), interne Weiterbildung (+44%). Konkret geht es um Frühenglisch und um die Integration lernschwacher Schüler in die Regelklassen. Die Klassen werden in ihrer Zusammensetzung immer heterogener. Das fordert von den Lehrern eine immer grössere Zuwendung zum einzelnen Schüler. Ausserdem stehen den Lehrern eine Vielzahl von Sonderpädagoginnen zur individuellen Schülerförderung zur Seite. Dass mit all diesen «Helfern» aufwendige Absprachen nötig sind, um die Massnahmen auf den Regelunterricht abzugleichen, wird ausgeblendet. Offenbar entlasten sich viele Lehrer, indem sie ihr Pensum reduzieren. Gemäss der Studie leisten aber gerade diejenigen mit reduzierten Pensum besonders viele Überstunden. Was in der Studie nicht gesagt wird, mir aber schon von Lehrern berichtet wurde: Wer kein Vollpensum hat, muss nicht an den Gruppenaktivitäten teilnehmen und genau diese gehen vielen Lehrern auf den Geist. Lehrer wollen Schule geben, um jungen Menschen eine möglichst gute Zukunft zu ermöglichen. Die Vorurteile, Lehrer seien grundsätzlich faul und hätten nur 13 Wochen Ferien im Sinn, sind zwar weit verbreitet aber treffen nicht auf diejenigen Lehrer zu, die ich kenne. Erstaunlich ist lediglich, dass die Vorbehalte, die gerade die SVP im Vorfeld der Abstimmung zur Schulreform vorgebracht hat – und die zu unserer ablehnenden Haltung führten – damals von Lehrerseite allerhöchstens teilweise gutgeheissen wurden. Sie betrafen aber genau die Punkte, die nun zur Unzufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer führen. Die Zürcher Schule ist seit Jahrzehnten ein grosses Labor für pädagogische Experimente. Wenn ein Experiment fehlschlägt, wird erneut reformiert. Pech, wer als Kind Teil eines misslungenen Experimentes ist. Glücklicherweise, wer Eltern hat, die mit Privatschule retten, was die Volksschule verbockt hat. Die Volksschule strebt aber gleiche Chancen für alle an. Es ist Zeit, dass wir uns weniger um den Milchpreis, aber mehr um die Schule kümmern. Damit unsere Jungen die Milchbüchleinrechnungen auch in Zukunft noch können.

Wie eine ostanatolische Gebetsmühle muss die SVP-Fraktion buchstäblich seit Jahren immer wieder die gleichen Budget relevanten Eckwerte anmahnen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rückweisungsantrag der SVP
zum Budget 2010

Wie eine ostanatolische Gebetsmühle muss die SVP-Fraktion buchstäblich seit Jahren immer wieder die gleichen Budget relevanten Eckwerte anmahnen.



MONIKA ERFIGEN
GEMEINDERÄTIN SVP
ZÜRICH 7/8

SVP-Gemeinderat
Theo Hauri begründet den Rückweisungsantrag und zitiert aus dem

Rückweisungsantrag zum Budget 2005: ungebremste Erhöhung der Staatsquote, schon wieder eine happige Stellenvermehrung, unbekümmerte Aufblähung des Verwaltungsapparats. Und aktuell besonders passend: ein bewusst budgetiertes Defizit in dreistelliger Millionenhöhe.

Schuldenbremse – eine Farce

Wenn in einem gut geführten Privatbetrieb Fehlbeträge eingefahren werden, müssen die Verlustquellen sofort gestoppt und die Schwachstellen (falls erforderlich auch personell) umgehend behoben werden. Rote Zahlen sind ein Zeichen von Schwäche und bedeuten mittelfristig den Verlust der Selbstständigkeit. Doch was macht unser Stadtrat in dieser ungemütlichen Situation? Jetzt, wo entschlossenes Durchgreifen dringend angesagt wäre, wird unter dem Vorwand «Kaufkraft-erhaltung» erneut ein tiefer Kniefall vor dem städtischen Personal zelebriert. Eine kategorische Absage wird den Ewiggestrigen erteilt, die die bewährte Tugend «Sparen» noch nicht ganz vergessen haben. Tief rote Zahlen markieren jetzt die unverblühte Wahrheit. Die Steuereinnahmen brechen dramatisch ein. Da sind die Lichtblicke Grundstückgewinnsteuern und die Nachsteuern nur ein schwacher Trost. Es muss mit einer längeren Durststrecke mit erheblichem Rückschlagspotenzial gerechnet werden. Der Kanton, bis jetzt immer ein zuverlässiger Notanker der linken Umverteiler-Gilde, sendet unmissverständliche Signale aus. Es wird in Zukunft wesentlich weniger Geld geben. Trotz aller negativen Faktoren bläht der rotgrün dominierte Stadtrat den Moloch Verwaltung weiter auf. Die 2004 zur Chefsache erklärte Stellenplafonierung funktioniert je länger je weniger. Wieder werden netto über 100 neue Stellen geschaffen. Höherer Sachaufwand und Investitionen in zahlreiche Wunschprojekte zehren das faktische

gar nicht mehr vorhandene Eigenkapital rasch auf. Zur Finanzierung von den vielfältigen Vorhaben muss im nächsten Jahr wieder rund 800 Millionen Franken neues Fremdkapital aufgenommen werden. Das abgedroschene Lippenbekenntnis «Schuldenbremse» ist zur totalen Farce verkommen.

Das Fremdkapital, auch Bruttoschulden genannt, erreicht für eine Stadt in der Grössenordnung von Zürich kaum vorstellbare 8,5 Milliarden Franken. Dagegen steht ein veräusserbares Vermögen von rund 6,5 Milliarden. Die Nettoschuld beträgt also bereits zwei Milliarden Franken oder anders gesagt: wäre die Stadt Zürich eine Firma, so würde eine Bank zwei Milliarden Blankokredite sprechen müssen. Da die Stadt aber ihre langfristigen Kredite vorwiegend über Obligationen aufnimmt, tragen die Käufer dieser Obligationen das Risiko. Das AAA-Rating der Stadt erklärt sich nur dadurch, so SVP-Gemeinderat Roger Liebi, dass die Ratingorganisationen davon ausgehen, dass im Falle eines Falles locker Steuern erhöht werden können, das heisst, dass also der Steuerzahler den Käufer von Obligationen absichert. Und da flucht man immer über die eine Bank, wenn diese vom Staat beziehungsweise vom Steuerzahler abgesichert wird!

Nur ein finanzstarkes Gemeinwesen ist echt sozial

Die SVP-Fraktion erwartet vom Stadtrat, dass das Eigenkapital ab sofort wieder um 250 Millionen Franken pro Jahr gestärkt wird. Wie in jedem angeschlagenen Unternehmen müssen die Ausgaben zwingend den Verhältnissen angepasst werden. Die Fraktion zeigt, dass mit zumutbaren Kürzungen über 300 Millionen Franken eingespart werden können. Damit wäre ein griffiges Sparpaket im Ansatz bereits umgesetzt. Es ist unverantwortlich, mit der Haushaltsanierung bis nach der Rezession zuzuwarten. Nur ein finanzstarkes Gemeinwesen ist echt sozial. Die SVP-Fraktion lehnt das für das nächste Jahr budgetierte Defizit kategorisch ab. Der Voranschlag 2010 muss zur gründlichen Überarbeitung unter dem Motto «zurück zu den schwarzen Zahlen» an den Absender zurückgewiesen werden.

LESERBRIEF

Gerichte vs. direkte Demokratie?

Kaum war die Annahme der der Antiminarett-Initiative Tatsache, verkündeten Bundesräte, einflussreiche Politiker und Rechtsprofessoren, das Abstimmungsergebnis könne ja vom Bundesgericht sowie von internationalen Gerichten gekippt werden. Im Klartext: Abstimmungsergebnisse, die nicht dem Gusto eines Teils der politischen Elite entsprechen, wären ungültig. Eine demagogische Auslegung des Begriffs «Menschenrechte» soll es möglich machen. Die Gegner der direkten Demokratie ignorieren, dass sie eigentlich dem schweizerischen Volkswillen und nicht dem Willen internationaler Organisationen sowie der ausländischen Classe Politique verpflichtet sind. Die Vergangenheit hat übrigens gezeigt, dass unser schwacher Bundesrat, Amtseid hin oder her, kei-

neswegs schweizerische Interessen vertritt. Im Gegenteil, erwidert er ausländische Anfeindungen mit Verständnis und Unterwürfigkeit. Abhilfe könnte geschaffen werden, indem mittels einer Volksinitiative der Grundsatz «internationales Recht bricht nationales Recht» explizit gestrichen wird. Ferner wären unsere Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und alle diesbezüglichen Verträge (auch die Asylnorm der UNO sowie die Menschenrechtskonvention) kritisch auf ihren Nutzen zu überprüfen und gegebenenfalls zu kündigen. Frei abstimmen zu dürfen, ist nämlich – wenigstens bei uns – auch ein Menschenrecht.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Abonnieren Sie gratis unseren

Newsletter

unter www.svp-zuerich.ch

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Bilanzfehlbetrag ist Programm oder die Finanzpolitik eines verantwortungslosen Stadtrates

Die Stadt Zürich weist für die laufende Rechnung ein ähnlich hohes Defizit wie im Vorjahr aus. Anstatt die Steuern zu senken und die Wirtschaft und den Privatkonsum zu beleben, werden trotz Stellenstop neue Stellen geschaffen. Die Arroganz des Stadtrates, auf ein sofortiges Sparpaket zu verzichten, ist fahrlässig und inakzeptabel.



GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHEF SVP
ZÜRICH 4/5

Wie im Vorjahr wird für die laufende Rechnung 2010 ein ähnlich hohes Defizit von 205,8 Mio.

Franken budgetiert. In diesem Defizit ist als a.o. Ertrag und damit als Einmal-effekt die Auflösung einer nicht mehr benötigten Reserve über 50 Mio. Franken bei den Eigenversicherungen bereits eingerechnet. Das geplante operative Defizit ist also um diesen Betrag zu erhöhen und würde 255,8 Mio. Franken betragen. Und die Behauptung, dass der Aufwandüberschuss aus konjunkturpolitischen Überlegungen heraus verantwortbar sei, ist total verwerflich und kann nicht akzeptiert werden.

Statt die Steuern zu senken (ein Drittel aller Zürcher Gemeinden erhebt nächstes Jahr tiefere Steuern) und damit einer Wirtschaftsbelebung Raum zu geben, will der Stadtrat den Steuerfuss bei unverändert hohen 119 Prozent belassen. Nichtsdestotrotz muss gegenüber dem Vorjahresbudget noch einmal mit einem geringeren Steuerertrag der juristischen Personen von 207 Mio. Franken gerechnet werden.

Stellenstopp und Stellenplafonierung heisst für den Stadtrat auch nächstes Jahr wieder ein Stellenwachstum von netto über 100 neuen Stellen. Gegenüber der Rechnung 2008 bedeutet das ein Plus beim Personalaufwand von 125,6 Mio. Franken. Dass trotz Stellenzuwachs gegenüber dem Budget 2009 Minderkosten von 8,7 Mio. Franken anfallen sollen, liegt hauptsächlich an der nicht budgetierten (?) Teuerung von 36,1 Mio. Franken – Teuerung, die aber auf Druck der Gewerkschaften dann doch noch gewährt werden muss – und an der Erhöhung

des Pauschalabzugs für Stellen, die zwar budgetierte sind, aber nicht besetzt werden können.

Der Selbstfinanzierungsgrad, d.h. das Verhältnis zwischen Selbstfinanzierung und Nettoinvestitionen, liegt mit 26,6 Prozent um 49,1 Prozent unter dem Vorjahr, womit der finanzpolitische Sollwert, der eine Eigenfinanzierung der Nettoinvestitionen von 60 bis 70 Prozent fordert, erneut und sehr deutlich verfehlt wird. Die mit der Selbstfinanzierung nicht abgedeckten Ausgaben werden Fremdmittel von rund 800 Mio. Franken (Vorjahr 493,1 Mio.) erfordern, d.h. die erwartete Nettoschuld wird erstmals die 2-Milliarden-Franken-Grenze überschreiten. Die daraus resultierende Nettozinslast in der Höhe von 77,3 Mio. Franken wird den Haushalt mit 5,4 Steuerprozenten belasten und das hat der Stadtrat die Arroganz, als «vertretbar» zu bezeichnen.

Vom für Ende 2010 in Aussicht gestellten Eigenkapital von rund 400 Mio. Franken kann natürlich nicht die Rede sein. Die vom Stadtrat mit Konsequenz verleugnete Schuld gegenüber der Pensionskasse der Stadt Zürich wird Ende 2010 nämlich noch exakt 505 476 428 Franken betragen, womit bereits Ende des nächsten Jahres wieder ein Bilanzfehlbetrag in der Grössenordnung von 100 Mio. Franken resultieren wird!

Der Verzicht auf ein Sparpaket ist fahrlässig und kann nicht akzeptiert werden. Von Kaufkraftschonung keine Spur. Das sture Festhalten an der verantwortungslosen Ausgaben- und Investitionspolitik ist falsch und verwerflich. Die vage angedeutete Aufgaben- und Programmüberprüfung ist unverzüglich an die Hand zu nehmen. Die Budgetpositionen sind entsprechend zu reduzieren. Es ist fatal, damit bis 2012 zuwarten zu wollen.

SVP der Stadt Zürich

Wettbewerb:
Mitglieder
werben **neue**
Mitglieder

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg einer Partei ist die Stärke der Partei-Basis, d.h. die Anzahl ihrer Mitglieder. Im Hinblick auf die Wahlen vom 7. März 2010 wollen wir die Basis verstärken und weitere Mitglieder für die SVP-Politik begeistern.

Wer kann Menschen besser dazu motivieren, bei der SVP mitzumachen, als bestandene Mitglieder, die von der SVP-Politik überzeugt sind?

Deshalb rufen wir Mitglieder zur aktiven Mitarbeit auf, in ihrem persönlichen Umfeld neue Mitglieder für die SVP zu werben. Zusätzliche Anreize für das Engagement bei der Neu-Mitglieder-Werbung bietet der ab jetzt lancierte Neu-Mitglieder-Wettbewerb, der bis zu den Wahlen 2010 läuft.

Einen Hauptpreis gewinnen die vier Personen, die bis zu den nächsten Wahlen am meisten Neu-Mitglieder geworben haben.

Was ist zu tun?

Werben Sie neue Mitglieder und senden Sie die ausgefüllten und unterschriebenen Beitritts-Erklärungen an das Sekretariat der SVP Stadt Zürich. Leere Formulare sind beim Sekretariat erhältlich.

Einsendeschluss: 28. Februar 2010.

Die Gewinner werden persönlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb kann keine Korrespondenz geführt werden.

Die Hauptpreise

1. Preis:
Zeppelin-Rundflug für 2 Personen
Rundflug mit dem Zeppelin (40 Minuten) ab Friedrichshafen (Wert 530 Euro).
Sponsorin:
Gemeinderätin Monika Erfigen

2. Preis:
Tête-à-Tête im exklusiven Lifestyle-Doppelzimmer mit Stadtsicht
Übernachtung inkl. romantischem 5-Gang-Schlemmermenü und Frühstücksbuffet im Hotel Uto Kulm auf dem Uetliberg im Wert von 405 Franken.
Sponsor: Giuseppe Fry, Inhaber

3. Preis:
Schlemmen à la carte
Restaurant Muggenbühl, 8038 Zürich-Wollishofen.
Gutschein Wert von 250 Franken.
Sponsor: Inhaber und SVP-Kantonsrat Ernst Bachmann.

4. Preis:
Fondueplausch für 2 Personen
Restaurant Burgwies, 8008 Zürich.
Gutschein im Wert von 100 Franken.
Sponsor: Inhaber Freddy Lee jun.

Die Monatspreise

Preise pro Monat:
Je zwei Gutscheine für Kino-Billette
Sponsorin:
SVP-Frauengruppe Stadt Zürich
Diese Preise gehen an jene Personen, die pro Monat am meisten Neu-Mitglieder geworben haben, und zwar in den Monaten November 2009, Dezember 2009, Januar 2010, Februar 2010



SVP der Stadt Zürich,
Postfach 6612, 8050 Zürich
Tel. 044 310 81 19 / Fax 044 310 36 62
E-Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 14. Dezember 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 20.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Matenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab

19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Horgen / Horgen
Mittwoch, 16. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Foyer Schinzenhof, Thema: Politik aktuell - Bericht aus der Winter-Session, mit Nationalrat Hans Fehr, Gemeinderäte Andreas Arnold, Theo Leuthold und Emil Roffler, ab 19.30 Uhr Apéro, Beginn 20.00 Uhr.

Stadt Zürich / Kreis 7
Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Generalversammlung. Veranstalter: Urs Fehr Präsident SVP 7.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00–12.00 Uhr, Albisriederplatz, Haltestelle Bus 33, neben der Apotheke, Standaktion zusammen mit dem Kreis 3. Gemeinderätin Marina Garzotto, 1. Vizepräsidentin des Gemeinderates, kandidiert erneut im Kreis 3. Die Frauengruppe unterstützt sie und empfiehlt sie zur Wiederwahl. Wir verteilen am Stand Kaffee und Kuchen. Marina Garzotto ist anwesend. Nutzen Sie diese Gelegenheit, kommen Sie vorbei und lernen Sie Marina Garzotto persönlich kennen.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Montag, 14. Dezember 2009, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon

044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 7. Januar 2010, 18.00–22.00 Uhr, Eispark Uetikon (www.eispark-uetikon.ch), auf dem Schulhausplatz an der Bergstrasse, Skateathon zu Gunsten der Kinder-Spitex Kanton Zürich (www.kinderspitex-zuerich.ch). Schlittschuhe werden selbst mitgebracht oder können vor Ort für 5 Franken gemietet werden. Alle Teilnehmer sind ab 19.00 Uhr ganz herzlich zu einer Gerstensuppe mit Wurst und Brot ins Restaurant Schliifi, direkt neben dem Eisfeld, eingeladen. Für Fragen wenden Sie sich bitte an Hans-Peter Amrein, Natel 079 657 44 56 (hpanrein@bluwin.ch); Fabian Krek, Natel 079 399 04 63 (fabian@krek.ch) oder Alain Schreiner, Natel 079 743 32 63 (alain.schreiner@jfbm.ch). Organisation: Jungparteien von FDP und SVP Bezirk Meilen.

Freitag, 5. Februar 2010, 13.30–17.30 Uhr, ETH Zürich, Semper-Aula (G 60), Panel-Debatte I (14.15 bis 15.30 Uhr) «Sicherheitspolitische Positionierung: Auslandseinsätze der Armee wie weiter?» u.a. mit Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Veranstaltung «Weltpolitische Lage 2010: Herausforderungen für die Schweiz» des Center for Security Studies, ETH Zürich.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Inserationspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

10. Nationaler SVP-Jasscup in Näfels Glarus

Samstag, 20. Februar 2010, 9.00–15.00 Uhr, Oberurnerstrasse, Sportzentrum Linth-Arena SGU, Jubiläums-Jasscup, Beginn 10.30 Uhr, auch «Nicht-Jasser» sind eingeladen. Teilnahmegebühr: Fr. 30.00 pro Person, Anmeldungen bis 14. Februar 2010 bei: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail: merian@svp.ch.

SKATEATHON

unter dem Patronat der Jungparteien von FDP und SVP

zu Gunsten der
Kinder-Spitex Kanton Zürich
www.kinderspitex-zuerich.ch



Datum: Donnerstag, 07. Jan. 2010
18:00 – 22:00 Uhr

Ort: Eispark Uetikon (auf dem Schulhausplatz an der Bergstrasse); Parkplätze sind vorhanden.
www.eispark-uetikon.ch

Jeder, von jung bis alt, kann teilnehmen. Eine Anmeldung ist nicht nötig. Der Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt.

Schlittschuhe werden selbst mitgebracht oder können vor Ort für SFr. 5.– gemietet werden.

Alle Teilnehmer, Donatoren und ihre Begleitung sind ab 19:00 Uhr ganz herzlich zu einer Gerstensuppe mit Wurst und Brot ins Restaurant Schliifi direkt neben dem Eisfeld eingeladen.

Für Fragen wenden Sie sich bitte an:
– H. P. Amrein, 079-657-44-56; hpanrein@bluwin.ch
– Fabian Krek, 079-399-04-63; fabian@krek.ch
– Alain Schreiner, 079-743-32-63; alain.schreiner@jfbm.ch

Patronat:



Bestellschein Glückwünsche 2010

Erscheinungsdatum 18.12.2009
Anzeigenschluss 16.12.2009

Feld 5 Grösse: 4-sp/50/200 mm
□ Normalauflage, Fr. 178.–

Feld 4 Grösse: 2-sp/100/200 mm
□ Normalauflage, Fr. 178.–

Feld 3 Grösse: 2-sp/75/150 mm
□ Normalauflage, Fr. 133.50

Feld 2 Grösse: 2-sp/50/100 mm
□ Normalauflage, Fr. 89.–

Feld 1 Grösse: 2-sp/25/50 mm
□ Normalauflage, Fr. 44.50

Druckunterlagen folgen beiliegend besitzen Sie wie letztes Jahr

Auftraggeber/Firma	
Strasse	PLZ/Ort
Herr/Frau	E-Mail
Telefon	Fax
Datum	Unterschrift
Bitte einsenden an: Zürcher Bote/Zürcher Bauer, Seestrasse 95, 8800 Thalwil Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78 inserate@zuercher-bote.ch oder inserate@zuercher-bauer.ch	

Der Zürcher Bote

Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummern 52/2009 und 01/2010 muss infolge Weihnachten und Neujahr der Redaktions- und Inserateannahmeschluss

auf **Dienstag, 15. Dezember 2009**, vorverlegt werden.
Texte: 12.00 Uhr – Inserate: 15.00 Uhr

Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten.

Redaktion und Verlag wünschen frohe Festtage